

Pressekonferenz am 05.10.2015

LGBTI- Wahlstudie zur Gemeinderatswahl Wien 2015

Dr. Tina Olteanu / Michael Hunklinger, BA (Universität Wien)
Prof. Dr. Dorothee de Nève / Niklas Ferch, BA (Universität Gießen)



Diversität in der Community und vielfältiges Engagement

Ein Team von Forscher_innen der Universität Wien und der Universität Gießen hat sich im Vorfeld der Gemeinderatswahlen 2015 mit dem Wahlverhalten und dem politischen Engagement der LGBTI-Community in Wien beschäftigt. Die Ergebnisse dieser Studie widerlegen die oft artikulierten Vermutungen, die queere Community beschäftigt sich als homogene Gruppe politisch in erster Linie mit eigenen Interessen.

An der Online-Umfrage nahmen 427 Personen teil. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Menschen aus der Community überdurchschnittlich stark in Politik und Gesellschaft engagieren. Das Engagement beschränkt sich keineswegs auf Themen, die die Community bzw. LGBTI-Rechte direkt betreffen. Vielmehr ist das Engagement vielfältig und vor allem im sozialen Bereich sehr hoch.

Wichtige und wahlentscheidende Themen für queeren Wähler_innen in Wien sind vor allem soziale Themen wie Wohnen, Arbeit und (Anti-)Diskriminierung. Allerdings spielen auch aktuelle Probleme wie Migration und Asyl eine Rolle. Dabei ist auffällig, dass die Einstellungen, die von der queeren Community vertreten werden, das gesamte politische Spektrum abdecken.

Innovation in der Wahlforschung und relevante Ergebnisse für Parteien

Die innovative Studie wirft erstmals einen Blick auf einen Teil der Gesellschaft, der in den klassischen Wahlstudien in Wien und Österreich bislang unter den Tisch fällt: die LGBTI-Community. Die Wahlstudie gibt damit also neue Impulse für die Politikwissenschaft und für politische Debatten.

Auch für Parteien bieten die Ergebnisse neue Möglichkeiten, sich mit den Interessen und Präferenzen ihrer queeren Wähler_innenschaft zu beschäftigen. Parteien, die queere Politik als Querschnittsthema verstehen und sich mit der Community solidarisieren, entsprechen dabei den Erwartungen der Community. Vor dem Hintergrund des überdurchschnittlichen politischen Interesses und Engagements der LGBTI-Community wird offensichtlich, dass viele Parteien dieses Potenzial bislang ungenutzt lassen.